



Interaktionspreis: Seite 2. 2. - u. 66% Zufall. Stellen-Gehalte M. 2.50 und 10% Zufall. Die Seite...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags einmal. Multicolor-Gravir-Bildungen...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 117 - Ausgabe A Nr. 64 Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 117

Donnerstag, 4. März 1920 49. Jahrgang

Die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zu Ausland. Der Schutz des parlamentarischen Regierungssystems.

Beprechung im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Ein Gesetzesvorschlag.

Ein (Schabdruck verboten.) I Von Professor Gerland.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am Dienstag und Mittwoch längere Sitzungen ab, in denen unter anderem die Fragen einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden.

Das Volk hat den benötigten Lebensbedarf nicht in genügenden Mengen beschaffen. Ein Deutscher erhält weniger als die Hälfte der vom Obersten Wirtschaftsrat für ein Individuum berechneten normalen Nahrungsmittel.

Paris, 3. März. (W. Z. B.)

Der Sonderberichterstatter des 'Echo de Paris' in London, Berlin, berichtet in einem Telegramm von heute nacht, das wirtschaftliche Manifest, das die Alliierten veröffentlichen würden, werde in seinem Wortlaut im Laufe des heutigen Nachmittags festgelegt.

Ohne auf die politische Bedeutung des Prozesses Belferich-Graberger einzugehen, erlaube ich mir, der öffentlichen Beurteilung einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, da voraussichtlich und hoffentlich das Wahlgesetz zum Reichstag in allernächster Zeit von der Nationalversammlung verabschiedet wird.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen im Obersten Rat.

Notwendigkeit einer gemeinsamen interalliierten Aktion.

Paris wird gemeldet: Wie der Londoner Berichterstatter des 'Zeit Pariser' über die letzte Sitzung der wirtschaftlichen Abteilung des Obersten Rates meldet, sprach sich der Rat einmütig dahin aus, dass es nur eine gemeinsame interalliierte Aktion geben werde, eine erhebliche Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse zu erzielen.

Die 'Zeit Pariser' teilt mit, hat der Finanzausschuss der Kammer eine Unterkommission eingesetzt, die über die Ausführung der finanziellen Klafen des Vertrags von Versailles wachen soll.

Jeder Wahlberechtigte, dessen Name auf einem Wahlvorschlag gelehrt wird, hat dem Wahlleiter anzugeben, an welchen wirtschaftlichen Unternehmen er in der Verwaltung (Vorstand, Aufsichtsrat) oder als Angestellter (Arbeitslohn und Vergütung) beteiligt ist.

Die Pfalzreise der bayerischen Minister.

Die pfälzische Industrie vor dem Zusammenbruch. - Die Nationalfrage. - Die Lage der Beamten.

München, 3. März. Ueber die Eindrücke ihrer Rundreise durch die Pfalz machten mir die bayerischen Minister Mitteilungen, die auch in Berlin erste Beachtung verdienen. Handelsminister Hamm schilderte, wie erklühend für ihn ein Gang durch die großen Industriebetriebe von Kaiserslautern war.

im Kreise der Möglichkeit liegend aufgeworfen worden. Nicht territorialer Charakter, sondern innere Zusammengehörigkeit bindet die Pfalz an Bayern, das ihre Erhaltung als Dienst am Reich betrachtet.

In das Reichsstatutenbuch werden folgende Bestimmungen neu eingeführt: § 309 A: Wer es unternimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landes oder einer Selbstverwaltungskörperschaft (Provinzen, Kreise, Bezirke, Gemeinden) durch Geschenke oder Zusage von oder Gewährung von anderen wirtschaftlichen Vorteilen in der Ausübung seiner Tätigkeit als Volksvertreter zu beeinflussen...

Der Minister des Innern, Cudars, bezeichnete den Empfang, den die bayerischen Minister in der Pfalz gefunden haben, als nicht überragend, aber gut und die vorgebrachten Beschwerden als berechtigt. Die Demonstration der Unabhängigen in Pirmasens trug ein parteipolitisches Charakter.

Durch die Uebernahme einer im § a bezeichneten Stellung erlischt das Mandat. § c. In das Reichsstatutenbuch werden folgende Bestimmungen neu eingeführt: § 309 A: Wer es unternimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landes oder einer Selbstverwaltungskörperschaft (Provinzen, Kreise, Bezirke, Gemeinden) durch Geschenke oder Zusage von oder Gewährung von anderen wirtschaftlichen Vorteilen in der Ausübung seiner Tätigkeit als Volksvertreter zu beeinflussen...

Wie mir Landwirtschaftsminister Freiherr v. Freyberg noch sagte, betreffen die Klagen der Pfälzer die Not an Lebensmitteln und Kohle, die Leuerung und die ungenügende Abperung der Grenze, über die Vieh, Lebensmittel und Waren in großen Mengen gehen. Auch Grundstücke kaufen die Franzosen, namentlich Häuser, in den pfälzischen Städten auf.

§ 309 B: Wer es unternimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landes oder einer Selbstverwaltungskörperschaft (Provinzen, Kreise, Bezirke, Gemeinden) durch Geschenke oder Zusage von oder Gewährung von anderen wirtschaftlichen Vorteilen in der Ausübung seiner Tätigkeit als Volksvertreter zu beeinflussen...

In der Nationalfrage können sich die Franzosen nicht die mindeste Hoffnung machen. Die deutsche Meinung in der Pfalz ist auf unserer Rundreise überall unzweideutig zum Ausdruck gekommen. Nicht nur durch laute Ausrufungen, sondern ebenso eindringlich durch die stille Selbstverständlichkeit, mit der die Pfälzer uns gegenüber ihre großen und kleinen Sorgen mit denen des Reiches und Bayern betraditen.

Das Leipziger 'Probefahren'. Amsterdam, 3. März. (W. Z. B.) Das Organ Lloyd Georges, 'Daily Chronicle', schreibt in einem Leitartikel zu dem von den Alliierten beschlossenen Leipziger Probefahren gegen deutsche Kriegsgefangene, ein Ausbleiben der Verhaftung der Schuldigen und ihrer Ueberführung würde die Stimmung der Alliierten gegenüber Deutschland wiederaufleben lassen.

§ 309 C: Wer es unternimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landes oder einer Selbstverwaltungskörperschaft (Provinzen, Kreise, Bezirke, Gemeinden) durch Geschenke oder Zusage von oder Gewährung von anderen wirtschaftlichen Vorteilen in der Ausübung seiner Tätigkeit als Volksvertreter zu beeinflussen...

Eine Begründung dieses Vorschlages ist kaum nötig. Der Zweck ist Reinhaltung des parlamentarischen Lebens, weil nur unter dieser Voraussetzung das parlamentarische Regierungssystem überhaupt möglich ist. Wir haben es dringend notwendig, heute mit schärfsten Maßnahmen eine Institution zu schaffen, die erst in Deutschland eingeführt werden soll, denn wir stehen an der Wiege des Parlamentarismus, und wir würden nicht, Ausartungen desselben in Deutschland zu bilden, wie sie, wenigstens in gewissen Perioden, den französischen Parlamentarismus zu seinem größten Nachteil charakterisiert haben.